

SPD UB-Parteitag 01.04.2014

Antrag	A 2
Status.	Beschluss und Weiterleitung an BPT
Antragsteller	OV Bonn Röttgen/Ückesdorf
Titel	Stärkung regulärer Beschäftigung

- 1 Der SPD Ortsverein Bonn Röttgen/Ückesdorf fordert, dass die SPD sich deutlicher für die
- 2 Stärkung von regulären Arbeitsverhältnissen und gegen die Abdrängung von Menschen in
- 3 prekäre Formen der Beschäftigung einsetzt.
- 4 Dazu fordern wir die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen, eine
- 5 Neuregelung der Werkverträge, damit diese nicht mehr zur Verdrängung von regulären
- 6 Beschäftigten genutzt werden können, eine wirksame Bekämpfung von Lohndumping durch
- 7 effektivere und häufigere Kontrollen von Mindestlöhnen und Arbeitsbedingungen.

Diese Forderungen sollen in das Wahlprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2017 aufgenommen werden.

Begründung

In den letzten Jahren haben sachgrundlos befristete Arbeitsverhältnisse enorm zugenommen. Sie sind nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel: Viele Beschäftigte arbeiten zudem bei Leiharbeitsfirmen, oder zwangsweise als Selbständige im Rahmen von Werkverträgen. Oft werden Sie schlecht bezahlt, unterliegen keinem Tarifvertrag und genießen auch keinen Schutz durch eine Arbeitnehmervertretung.

Besonders junge Menschen und Berufseinsteiger sind von dieser Prekarisierung betroffen. Ohne reguläre, unbefristete, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben sie große Schwierigkeiten mit der Zukunftsplanung und Familiengründung. Sie haben keinen finanziellen Spielraum, um für das Alter vorzusorgen und schlechte Chancen, einen Kredit zu erhalten.

Diese Menschen nehmen an der allgemeinen Einkommensentwicklung nicht teil. Ihre Vergütung bleibt im Vergleich zu der tarifierter Beschäftigter weit zurück und von den Einkommenszuwächsen derjenigen, die von Ihrem Kapital leben, sind sie noch wesentlich weiter entfernt. Dadurch wird die Einkommensschere immer weiter geöffnet und den Menschen die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe genommen.

Viele Menschen, die unfreiwillig als Subunternehmer oder Selbständige ausgelagerte Dienste für andere Firmen leisten, haben eigentlich Anspruch auf eine sozial-versicherungspflichtige Anstellung. Ihre Auftraggeber werden viel zu selten von der staatlichen Aufsicht überprüft.

Werkverträge werden nicht mehr nur eng begrenzt und für einzelne Projekte in Anspruch genommen. Vielmehr wird durch Outsourcing des Kerngeschäfts über Werkverträge die Stammebelegschaft von Unternehmen zunehmend durch schlechter bezahlte Arbeitnehmer ersetzt und reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bedroht. Das Prinzip „Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit“ wird vernachlässigt.